

Mitteilungsvorlage

Drucksachen-Nr. 0744/2021
öffentlich

Gremium	Sitzungsdatum	Art der Behandlung
Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport	01.12.2021	zur Kenntnis

Tagesordnungspunkt

Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport am 30.06.2021

Inhalt der Mitteilung:

ZU TOP 6.1: Schwimmbadsituation

Der Rat hat sich in seiner Sitzung am 01.07.2021 ausführlich mit der Schwimmbadsituation befasst. Abschließend erklärt Herr Stein, dass Herr Habrunner zugesichert habe sehr kurzfristig zusätzliche Angebote bei zusätzlichen Personaldienstleistern einzuholen. Diese Angebote würden im Zuge dessen dem Aufsichtsrat der Bäderbetriebsgesellschaft vorgestellt und dort könne dann eine Entscheidung getroffen werden. Dies sei allerdings mit der Notwendigkeit verbunden, dass die Schwimmvereine zusagen in dieser Zeit auch entsprechende Angebote im Hans-Zanders-Bad bereitzustellen. Somit müssten aus Herrn Steins Sicht keine Beschlüsse zu dieser Thematik gefasst werden.

Im Rat besteht über diese Vorgehensweise Einvernehmen.
Zur ausführlichen Diskussion wird auf die Niederschrift des Rates verwiesen.

Die Schwimmerlernung konnte in den letzten drei Sommerferienwochen stattfinden.

Zu TOP 10: Institutionelle Kulturförderung der Stadt Bergisch Gladbach zur Unterstützung der Freien Kunst- und Kulturszene Bergisch Gladbach (0380/2021)

Der Rat hat in seiner Sitzung am 01.07.2021 mehrheitlich gegen die AfD-Fraktion folgenden Beschluss gefasst:

Die Richtlinie der Stadt Bergisch Gladbach zur Institutionellen Kulturförderung wird in der mit der Vorlage vorliegenden Form beschlossen.

Es wird beschlussgemäß verfahren.

Zu TOP 15.1: Antrag der AfD-Fraktion vom 10.05.2021 „Mitgliedschaft im Verein Deutsche Sprache e.V.“ (0302/2021)

Der Hauptausschuss hat in seiner Sitzung am 28.09.2021 zum Antrag der AfD-Fraktion folgenden Beschluss gefasst:

Für den Antrag der AfD-Fraktion stimmt die AfD. Gegen den Antrag der AfD-Fraktion stimmt die CDU, Bündnis90/Die GRÜNEN, die SPD, die FDP, die Freie Wählergemeinschaft und die BÜRGERPARTEI GL. Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.